

Landesfrauenkonferenz 2011

Gesund bleiben am Arbeitsplatz Schule

Als der Schalke-Trainer Rangnick öffentlich die Erschöpfung seiner Leistungsfähigkeit eingestand und von seinem Amt zurücktrat, war das ein Medienereignis. Ein Tabubruch, aber schon lange kein Einzelfall mehr. Die gesundheitsschädigenden Folgen dauerhafter Belastungen sind auch in anderen Berufsfeldern sichtbar. Die Schule gehört dazu. Dorothea Schäfer, GEW-Landesvorsitzende, forderte auf der Landesfrauenkonferenz am 6. Oktober in Bochum einen umfassenden Gesundheitsschutz und den Abbau der Belastungen für die Lehrkräfte.

Gesundheitsministerin Barbara Steffens bekräftigte, dass „gesunde Arbeitsbedingungen schützen und motivieren. Gesundheitliche Prävention ist ein Schwerpunkt unserer Politik. Deshalb arbeiten in einer interministeriellen Arbeitsgruppe das Schul- und Gesundheitsministerium gemeinsam an diesem Thema.“ Professionelle PräventologInnen sollen in den Schulkollegien eine Belastungsanalyse durchführen, Projekte anbieten und Fortbildungsangebote bereitstellen. Mit den Krankenkassen sollen Programme und Kampagnen für Schulen entwickelt werden.

Dorothea Schäfer drängte, die Maßnahmen nicht auf die lange Bank zu schieben: „Wir brauchen dringend eine flächendeckende Erhebung der psychosozialen Belastungen der Lehrkräfte, um gezielt den Arbeitsplatz Schule zu einem gesunden Arbeitsplatz zu machen.“

Mit der Klinke in der Hand

Ein offenes Ohr hatte die Gesundheitsministerin für die Klagen über vielerlei Missstände in den Schulen. Die Teilnehmerinnen zählten einige Beispiele auf. In den Ganztagschulen sei der Nachholbedarf groß, aber die Städte hätten kein Geld. An einer Schule gäbe es 800 Schülerinnen und nur acht Toiletten, die Klassenräume seien zu klein, es gebe keinen Ruheraum für Lehrkräfte und die Schulmöbel seien mangelhaft. Es gibt Klassen mit Fenstern ohne Klinke,



v.l.: Dr. Ilse Führer-Lehner, GEW NRW, Dorothea Schäfer, Landesvorsitzende GEW NRW, Anne Jenter, GEW HV, Gesundheitsministerin Barbara Steffens, Carmen Tietjen, DGB NRW. Fotos: Hanne Seiltgen

so dass die Lehrkraft mit einem Ersatzgriff in die Klasse gehe, um lüften zu können.

Steffens versicherte, dass die Landesregierung den Kommunen mehr finanziellen Handlungsspielraum geben wolle und sich für eine andere finanzielle Regelung zwischen Land, Bund und Kommunen stark mache. „Wir leben in einem Zustand der Mangelverwaltung. Damit fühlt sich keiner wohl.“

Verbesserungsbedarf reklamierten die Konferenzteilnehmerinnen auch bei den Rahmenbedingungen zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Ausbildung. Es gebe viele Lehramtsanwärterinnen mit kleinen Kindern, die jedoch nach den allgemein geltenden Bedingungen ihre Ausbildung absolvieren müssen. Notwendig seien Ausbildungsmöglichkeiten in Teilzeit, wie sie die GEW seit langem fordert. Darüber hinaus sei für LehrerInnen, die in Teilzeit beschäftigt sind, dringend eine Reduzierung der außerschulischen Anforderungen auf den Teilzeitumfang notwendig. Steffens versprach, die Punkte in die Arbeitsgruppe einzubringen.

An der Quelle ansetzen

Anne Jenter, zuständige Referentin im Hauptvorstand der GEW, machte schnell klar, wie dick die Bretter sind, die beim Gesundheitsschutz gebohrt werden müssen. Aber der Anfang sei gemacht: Psychosoziale Belastungen seien als Gesundheitsgefährdung von LehrerInnen inzwischen anerkannt und durch Stu-

dien sei abgesichert, dass die beruflichen Belastungen in der Schule vergleichsweise sehr hoch sind. Sie erläuterte die Gefährdungsbeurteilung, die in Baden-Württemberg angewendet wird und sowohl eine Analyse und Maßnahmenvorschläge wie auch die Überprüfung ihrer Wirksamkeit enthält. Anne Jenter stellte in der Arbeitsgruppe das Lehrkräfte-Coaching nach dem „Freiburger Modell“ vor und verwies auf das GEW-Projekt „Lange lernen in Beziehungen“ (DVD im GEW-Shop: www.gew-shop.de).

Ausführlich wurde das COPSOQ-Verfahren zur Belastungserhebung in den Schulen diskutiert, das in NRW in der Pilotregion Düsseldorf zum Einsatz kommt. Federführend ist das Schulministerium (die nds berichtete). Eine flächendeckende Einführung ist bislang nicht gesichert. Einige Teilnehmerinnen fragten nach dem BAAM-Verfahren, einer moderierten Gruppenanalyse zur Beurteilung von Arbeitsinhalten und -organisation von MitarbeiterInnen und sozialen Beziehungen), das in NRW bisher in zwei Pilotprojekten erprobt wurde.

Die Teilnehmerinnen schlugen vor, einen Gesundheitstag an Schulen zu verankern, damit eine größere Sensibilität und Aufmerksamkeit für die Probleme geweckt wird. Der Hauptpersonalrat Förderschulen der GEW hat bereits ein Konzept zur Durchführung von Gesundheitstagen an Schulen entwickelt.

Hanne Seiltgen, nds-Redaktion